

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
1 Das Wirtschaftliche Prüfungswesen	1
10 Zwecke des Wirtschaftlichen Prüfungswesens	1
100 Überblick.	1
101 Die Abgabe vertrauenswürdiger Urteile als erkennbarer Zweck.	8
X 102 Die Einordnung des Wirtschaftlichen Prüfungswesens in das System der Betriebswirtschaftslehre	9
11 Die Gewinnung von Urteilen als Mittel zur Zielerreichung im Wirtschaft- lichen Prüfungswesen	11
110 Feststellungsaufgaben	11
110.0 Beschreibung und Abgrenzung der Aufgaben.	11
110.1 Definition	12
110.2 Die Prozeßstruktur	12
111 Prüfungsaufgaben	12
111.0 Beschreibung und Abgrenzung der Aufgaben.	12
111.1 Definition	13
111.2 Die Prozeßstruktur	15
111.20 Die Ermittlung des Soll- und Istobjektes.	15
111.21 Der Soll-Istvergleich	15
112 Begutachtungsaufgaben	18
112.0 Beschreibung und Abgrenzung der Aufgaben.	18
112.1 Definition	20
112.2 Die Prozeßstruktur	20
113 Abgrenzung zur Beratung.	21
114 Die Kombination von Feststellungs-, Prüfungs- und Begutachtungs- aufgaben im Wirtschaftlichen Prüfungswesen	23
115 Auslösung von Entscheidungen durch Prüfungen und Gutachten	24
12 Auftraggeber und Träger der Aufgabenerfüllung.	26
120 Auftraggeberzwecke, Auftraggeber und Beauftragte	26
	XI

121	Beurteilungsinstitutionen	27
121.0	Die Prüfung und Begutachtung als Aufgabe erwerbswirtschaftlicher Unternehmungen	27
121.00	Formen freiberuflicher Berufsausübung	27
121.01	Der erwerbswirtschaftliche Prüfungsbetrieb	33
121.02	Berufsstand und -organisation.	36
121.03	Wirtschaftsprüferordnung	38
121.1	Prüfungsverbände	41
121.10	Der Verband als Prüfungsinstitution	41
121.11	Genossenschaftliche Prüfungsverbände.	42
121.110	Mitgliedschaft in einem Prüfungsverband	42
121.111	Rechtliche und wirtschaftliche Natur der genossenschaftlichen Prüfungsverbände.	42
121.111.0	Rechtliche Konstruktion	42
121.111.1	Aufgaben des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes	43
121.111.2	Rechte des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes	44
121.111.3	Haftung des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes.	44
121.12	Prüfungsverbände des Sparkassenwesens	45
121.13	In Prüfungsverbänden tätige Prüfer	45
121.2	Rechnungshöfe.	46
121.3	Die steuerliche Außenprüfung	49
121.30	Die Institution und ihre Funktion	49
121.31	Entwicklung der Rechtsgrundlagen der Außenprüfung	50
121.32	Organisation der Außenprüfung und Qualifikation der Prüfer	51
121.33	Zuständigkeit für die Außenprüfung	52
121.34	Ablauf der Außenprüfung	52
121.35	Zum Prüfungsumfang.	53
121.4	Die Innenrevision	54
121.40	Zweck und Begriff	54
121.41	Aufgabenbereiche der Innenrevision	54
121.42	Abgrenzung Innenrevision – Controlling	56
121.43	Die Organisation der Innenrevision	56
	<i>Ergänzende Literatur zum ersten Kapitel</i>	58
2	Ziele der Urteilsprozesse im Wirtschaftlichen Prüfungswesen und Zielerreichung	61
20	Grundsätzliches	61
200	Vertrauenswürdigkeit des Urteils und Wirtschaftlichkeit der Urteils- gewinnung als Ziele der Urteilsprozesse	61
201	Die für die Urteile verantwortlichen Personen	61
202	Mögliche Zielkonflikte der Urteilenden	62
21	Vertrauenswürdigkeit des Urteils	66
210	Kriterien der Abgabe vertrauenswürdiger Urteile	66
210.0	Urteilsfähigkeit	66
210.1	Urteilsfreiheit	67
210.10	Bedeutung und Gefährdung der Urteilsfreiheit	67

210.11	Besorgnis eingeschränkter Urteilsfreiheit	70
210.110	Urteilender als Funktionsträger bei der zu prüfenden Unternehmung	70
210.111	Möglichkeiten der Einflußnahme auf Urteile aufgrund von Doppelfunktionen	74
210.111.0	Systematik der Doppelfunktionen.	74
210.111.1	Einflußnahme durch den Aufsichtsrat der Prüfungs- unternehmung	77
210.111.2	Einflußnahme durch Mitarbeiter der Prüfungsunternehmung	78
210.111.3	Einflußnahme durch Sozietätspartner der Prüfungs- unternehmung	78
210.111.4	Einflußnahme durch Gesellschafter der Prüfungs- unternehmung	79
210.111.5	Einflußnahme durch Gläubiger der zu prüfenden Unternehmung	81
210.111.6	Einflußnahme durch Gläubiger der Prüfungsunter- nehmung	81
210.112	Finanzielle Interessen des Urteilenden aus Leistungs- beziehungen	82
210.113	Sonstige Interessen des Urteilenden	83
210.114	Die Verbindung von Prüfung und Beratung	84
210.12	Zusammenfassung	86
210.2	Sachgerechte Urteilsbildung	86
211	Besonderheiten für die Abgabe vertrauenswürdiger Urteile bei nicht freiberuflich tätigen Prüfungsinstitutionen	89
212	Sicherungen gegen die Abgabe nicht vertrauenswürdiger Urteile bei freiberuflicher Tätigkeit im Wirtschaftlichen Prüfungswesen	90
212.0	Institutionelle Sicherungen der Urteilsfähigkeit	90
212.1	Sicherung der Urteilsfreiheit durch das Eigeninteresse der im Wirt- schaftlichen Prüfungswesen freiberuflich Tätigen	91
212.2	Regelungen und Verpflichtungen zur Sicherung der Urteilsfreiheit	92
212.20	Arten von Regelungen und Verpflichtungen.	92
212.21	Gesetzliche Sicherungen	93
212.210	WPO und HGB.	93
212.211	Haftung	95
212.22	Freiwillige Bindungen	99
212.220	Ethische Normen	99
212.221	Berufsrichtlinien	99
212.23	Grundsätze ordnungsmäßiger Wirtschaftsprüfung	100
212.24	Mögliche gesetzliche Sicherungen der Urteilsfreiheit	109
212.240	Aufsichtsbehörde	109
212.241	Prüferwechsel.	113
212.242	Begrenzung des Auftragsvolumens eines Auftraggebers	116
212.243	Trennung von Pflichtprüfung und Beratung	117
212.244	Ernennung der Prüfer durch eine Behörde oder Prüfung von Jahresabschlüssen durch Angestellte einer Aufsichtsbehörde	118
212.245	Veränderung gesellschaftsrechtlicher Strukturen	119

22	Wirtschaftlichkeit der Urteilsgewinnung	120
	<i>Ergänzende Literatur zum zweiten Kapitel</i>	<i>123</i>
3	Art und Ablauf der Urteilsprozesse	125
30	Begutachtung	125
300	Arten und Zwecke von Gutachten	125
301	Der Ablauf des Begutachtungsprozesses	126
302	Der Informationsstand des Gutachters	128
302.0	Die Bedeutung der Sachkunde	128
302.1	Die Informationsbeschaffung	129
303	Begrenzung und Erweiterung des Gutachtauftrags	130
303.0	Begrenzung des Beurteilungsfeldes	130
303.1	Erweiterung des Beurteilungsfeldes	132
304	Urteilsmitteilung	134
304.0	Besprechungen während der Arbeit am Gutachten	134
304.1	Der abschließende Bericht	135
304.2	Veröffentlichung von Ergebnissen	136
305	Grenzen der Aussagefähigkeit des gewonnenen Urteils	136
31	Prüfung	138
310	Prüfungstypen	138
310.0	Interne und externe Prüfungen	138
310.1	Prozeßregelnde und nachträglich wirksame Prüfungen	139
311	Auftragsannahme	141
311.0	Auftragserlangung	141
311.1	Entscheidungsprozeß bei Auftragsannahme	141
311.10	Die Struktur des Entscheidungsprozesses	141
311.11	Annahmepflicht und Annahmebeschränkungen	142
311.12	Absatzpolitik freiberuflicher Prüfungsinstitutionen	143
311.120	Kapazität zur Auftragsausführung	143
311.121	Berücksichtigung der Auftraggeber	144
311.122	Honorar	145
311.122.0	Die Honorarvereinbarung	145
311.122.1	Zeitadäquates Honorar oder Pauschalhonorar	146
311.122.2	Erfolgshonorar und Zahlungsfähigkeit	148
311.122.3	Provisionen, Gehälter, Nebengeschäfte	149
311.122.4	Gebührenordnung	150
311.2	Auftragsfestlegung	152
X 312	Prüfungsplanung und -ausführung	153
312.0	Grundlagen der Prüfungsplanung	153
312.00	Ziel und Gegenstand der Prüfungsplanung	153
312.01	Ablauf der Prüfungsplanung	155
312.02	Determinanten der Prüfungsplanung	157
312.1	Teilaufgaben der Prüfungsplanung	159
312.10	Prüfungsprogrammplanung	159
312.100	Kriterien zur Planung von Prüfungsprogrammen	159

312.101	Ableitung von Entscheidungskriterien für die Urteilsbildung . . .	160
312.102	Planung von Prüfungshandlungen	161
312.103	Aufteilung des Prüfungsobjekts in Prüfungsfelder	162
312.104	Berücksichtigung von Reihenfolgebedingungen	164
312.105	Planung des Prüfungsumfangs	165
312.105.0	Bedeutung von Fehlerhypothesen bei Auswahlprüfungen . .	165
312.105.1	Bewußtgesteuerte Auswahlprüfungen	168
312.105.10	Gründe für die bewußtgesteuerte Auswahl	168
312.105.11	Prüfungsumfang bei bewußtgesteuerter Auswahl	168
312.105.2	Zufallsgesteuerte Auswahlprüfungen (Stichproben- prüfungen)	170
312.105.20	Voraussetzungen zur Anwendung von Stichproben- prüfungen	170
312.105.21	Arten von Stichprobenprüfungen	174
312.105.22	Prüfungsumfang bei Stichproben	174
312.105.220	Der Umfang bei einfachen Schätzstichproben	174
312.105.220.0	Stichprobenumfang bei unterstellter Normalverteilung als Verteilungsgesetz	174
312.105.220.1	Stichprobenumfang bei unterstellter Poisson- verteilung als Verteilungsgesetz	178
312.105.221	Prüfungsumfang bei geschichteten Schätzstich- proben	182
312.105.222	Prüfungsumfang beim Hypothesentest	187
312.105.222.0	Testumfang bei unterstellter Normalver- teilung	187
312.105.222.1	Testumfang bei unterstellter Poissonver- teilung	191
312.105.223	Testumfang beim Sequentialstichproben- verfahren	194
312.106	Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten	199
312.11	Personal- und Zeitplanung	200
312.110	Zusammenstellung eines Prüferteams	200
312.111	Schätzung der Prüfungszeit	202
312.112	Planung der Prüferzuordnung	204
312.113	Terminplanung	207
312.114	Die Netzplantechnik als Hilfsmittel zur Personal- und Zeit- planung	208
312.12	Abstimmung der Auftragsplanung mit dem Gesamtplan der Prüfungsunternehmung.	220
312.13	Dokumentation der Prüfungsplanung	223
312.2	Die interdependenten Prüfungsplanungs- und -ausführungsphasen . . .	223
312.20	Planungsphase I.	223
312.200	Abgrenzung der Planungsphase I	223
312.201	Informationsbeschaffung als Grundlage der Planungsphase I. . .	224
312.202	Die Gestaltung des Prüfungsplans in Planungsphase I	226
312.21	Prüfungsphase I: Systemprüfung	226
312.210	Grundlagen	226

312.210.0	Notwendigkeit der Betrachtung von Gesamt- und Subsystemen bei Prüfungen	226
312.210.1	Einbeziehung des Gesamtsystems in die Prüfung.	227
312.210.2	Subsysteme als Gegenstand der Systemprüfung	228
312.211	Ablauf der Systemprüfung.	231
312.211.0	Vorbemerkung	231
312.211.1	Erfassung und Dokumentation des Systems	231
312.211.2	Testen von Vollständigkeit und Richtigkeit der System- erfassung	233
312.211.3	Testen der Funktionsfähigkeit des Systems	234
312.211.4	Abgrenzung von Schwachstellen im System	235
312.212	Besonderheiten der Systemprüfung bei Einsatz von EDV	238
312.212.0	Vorbemerkung	238
312.212.1	Die Systemprüfung bei EDV-Buchführung	238
312.212.2	Einsatzmöglichkeiten des Computers bei Systemprüfungen	241
• 312.213	Das Interne Kontrollsystem (IKS) als Beispiel eines zu prüfenden Systems	243
312.213.0	Abgrenzung und organisatorische Einordnung des Internen Kontrollsystems	243
312.213.1	Zwecke des Internen Kontrollsystems	244
312.213.2	Mittel zur Zweckerreichung	245
312.213.20	Organisation der Arbeitsabläufe	245
312.213.21	Festlegung der Funktionen	246
312.213.22	Schaffung von Kontrolleinrichtungen	248
312.214	Zeitliche Einordnung der Systemprüfung	249
→ 312.22	Planungsphase II	250
312.220	Die Abgrenzung der Planungsphase II	250
312.221	Die aus Prüfungsphase I verfügbaren Plandaten	250
312.222	Berücksichtigung zusätzlicher Plandaten in Planungsphase II	251
312.222.0	Berücksichtigung der zu erwartenden Fehlerarten	251
312.222.1	Der Einfluß von Fehlerhypothesen auf den Prüfungsumfang	254
312.222.2	Berücksichtigung von a-priori-Informationen bei der Erstellung von Stichprobenplänen	255
312.222.20	Möglichkeiten der Berücksichtigung von a-priori- Informationen	255
312.222.21	Anwendbarkeit des Bayesschen Theorems bei Prüfungen	257
312.222.22	Beispiel zur Anwendung des Bayesschen Theorems	260
312.23	Prüfungsphase II: Kontenprüfung zur direkten Prüfung des Beurteilungsobjektes	263
312.230	Grundlagen	263
312.230.0	Gegenstand der Prüfungsphase II	263
312.230.1	Prüfungsaufgaben	263
312.230.2	Abhängigkeit der Kontenprüfung von der System- prüfung	264
312.231	Prüfungshandlungen zur Beschaffung detaillierter Informationen über das Beurteilungsobjekt	266
312.231.0	Eigene Beobachtungen und Bestandsaufnahmen	266
312.231.1	Einsicht in Dokumente	268

312.231.2	Befragungen in der zu prüfenden Unternehmung	270
312.231.3	Beschaffung externer Informationen	273
312.231.4	Datenprüfung mit Hilfe der EDV	276
312.231.40	Notwendigkeit des Einsatzes von EDV-Anlagen	276
312.231.41	Grenzen des Einsatzes von EDV-Anlagen	277
312.231.42	Möglichkeiten der Verwendung von Programmen für Prüfungszwecke	279
312.231.43	Anwendungsbereiche von Prüfprogrammen zur Datenprüfung	282
312.232	Prüfungshandlungen zur Beschaffung globaler Informationen über das Beurteilungsobjekt.	284
312.24	Anpassungsentscheidungen.	285
312.25	Steuerung des Prüfungsprozesses	286
312.250	Begriff und Notwendigkeit der Terminsteuerung.	286
312.251	Terminkontrolle als Voraussetzung der Terminsteuerung	286
312.252	Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Prüfungsprozesses durch Flexibilität des Prüfungsplans	287
312.253	Möglichkeiten der Terminsteuerung.	287
312.253.0	Verringerung des Prüfungsumfangs	287
312.253.1	Variation von Prüferinsatz und Prüfungszeit	288
312.3	Schlußbemerkung	289
313	Dokumentation der Prüfung	289
313.0	Notwendigkeit der Dokumentation.	289
313.1	Der Begriff Arbeitspapiere	291
313.2	Inhalt der Arbeitspapiere	291
313.3	Gestaltung der Arbeitspapiere	292
313.30	Anlagesystematik.	292
313.31	Technische Anweisungen	293
313.32	Dauerakte/Einzelakte	293
313.4	Beweiskraft der Arbeitspapiere.	294
313.5	Eigentum an den Arbeitspapieren	295
314	Urteilsbildung bei Prüfungen	296
314.0	Der Einfluß des Einsatzes von Prüfungsgehilfen auf die Prüfungsurteile	296
314.1	Die Verwertung fremder Urteile	298
314.10	Eigen- und Fremdurteile	298
314.11	Die Materiality fremder Urteile	299
314.12	Möglichkeiten der Verwertung fremder Urteile	300
314.120	Die Gewinnung von Informationen über die Vertrauenswürdigkeit fremder Urteile.	300
314.121	Die Verwertung fremder Urteile bei Konzernprüfungen	302
314.122	Die Zusammenarbeit mit selbständigen Sachverständigen	303
314.123	Die Relevanz früherer fremder Urteile bei der Übernahme von Prüfungsaufträgen	304
314.124	Die Verwertung von Urteilen unternehmensinterner Personen.	306
314.13	Die Berichterstattung über die Verwertung fremder Urteile	308
314.2	Die Gewinnung von Einzelurteilen	308
314.3	Die Gewinnung aggregierter Urteile	310
315	Urteilstkontrolle	312

316 Urteilsmitteilung	315
316.0 Die allgemeinen Kriterien der Informationsvermittlung.	315
316.1 Formen der Urteilsabgabe im Wirtschaftlichen Prüfungswesen	316
316.10 Besprechungen und mündliche Auskünfte des Prüfers	316
316.100 Besprechungen	316
316.101 Mündliche Auskünfte	317
316.11 Berichte	317
316.12 Bestätigungsvermerke	319
316.2 Grenzen der Urteilsmitteilung	320
317 Exkurs: Gemeinschaftsprüfungen.	321
<i>Ergänzende Literatur zum dritten Kapitel</i>	324
4 Besonderheiten wichtiger Prüfungen	325
40 Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses	325
400 Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit	325
401 Die Funktion der Abschlußprüfung	326
402 Der Informationszweck	327
403 Prüfungsobjekte	329
403.0 Erfassung, Bewertung und Ausweis	329
403.1 Die Erfüllung der Generalnorm	331
404 Auftragsannahme und -verlust	334
404.0 Die Bedingung der Urteilsfreiheit	334
404.1 Bestellung und Auftragsrücknahme	336
405 Urteilsmitteilung bei Pflichtprüfungen	337
405.0 Der Prüfungsbericht	338
405.00 Inhalt des Prüfungsberichts	338
405.01 Bericht über die wirtschaftliche Lage	340
405.1 Die Redepflicht bei Gefährdung der Unternehmung und schwerwiegen-	
den Verstößen der Unternehmensleitung	344
405.2 Aufbau des Prüfungsberichts	347
406 Bestätigungsvermerke	349
406.0 Form und Inhalt des Bestätigungsvermerks	349
406.1 Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk	353
406.2 Einschränkung des Bestätigungsvermerks	354
406.3 Versagung des Bestätigungsvermerks	365
406.4 Zusätze zum Bestätigungsvermerk	366
406.5 Zeitpunkt der Erteilung des Bestätigungsvermerks	366
406.6 Widerruf des Bestätigungsvermerks	367
406.7 Möglichkeiten des Abschlußprüfers, notwendige Änderungen	
durchzusetzen	368
41 Zur Prüfung der Geschäftsführung	370
410 Der Prüfungsauftrag	370
411 Die Prüfung der Zielerreichung	371
412 Urteilkriterien	372
412.0 Die Bedeutung betriebswirtschaftlicher Normen als Urteilkriterien . .	372

412.1 Die Ermittlung betriebswirtschaftlicher Normen	373
412.10 Die Entwicklung von Organisationsmodellen	373
412.11 Die Aufstellung von Optimierungskalkülen	373
412.12 Der Betriebsvergleich	374
412.13 Der Periodenvergleich	374
413 Prüfung der Funktionsbereiche	375
413.0 Die dispositiven Aufgaben	375
413.1 Charakterisierung der Prüfungsaufgabe	375
413.2 Prüfung der Planung	376
413.3 Prüfung der Realisation	376
413.30 Unternehmensaufbau und -ablauf	376
413.31 Investitionen	377
413.32 Leistungserstellung	377
413.4 Prüfung der Überwachung	378
413.40 Bedeutung der Überwachung für die Geschäftsführung	378
413.41 Instrumente der Überwachung	378
413.5 Prüfung der Finanzierung	379
414 Beurteilung der Geschäftsführung	380
42 Die Prüfung von Unterschlagungen	381
420 Anlaß und Auftrag	381
421 Planung der Unterschlagungsprüfung	384
422 Ausführung der Unterschlagungsprüfung	385
422.0 Prüfungsbeweise	385
422.1 Ausrichtung der Unterschlagungsprüfung an Unterschlagungsrisiken .	386
422.10 Feststellung von Unterschlagungsrisiken	386
422.11 Ausgedehnte Prüfungshandlungen aufgrund festgestellter Unterschlagungsrisiken	387
423 Besonderheiten bei der Aufdeckung von EDV-Unterschlagungen	389
424 Management-Unterschlagungen	390
425 Bericht über die Unterschlagungsprüfung	391
<i>Ergänzende Literatur zum vierten Kapitel</i>	392
<i>Sachverzeichnis</i>	393